

Begegnungsort Demokratiekonferenz

Demokratie stärken
Partizipative Zukunft ermöglichen


Zukunft ermöglichen!

Dafür sorgen, dass die Entscheidungsfindung auf allen Ebenen bedarfsorientiert, inklusiv, partizipatorisch und repräsentativ ist. (SDG 16.7)

Allein auf mehr Partizipation durch Bürgerbeteiligung zu setzen, greift zu kurz:

„Die neuen Partizipationsangebote verlangen den Bürger:innen wesentlich mehr ab als der im Vergleich niederschwellige Wahlakt.“ Dazu sind die meisten Bürger:innen nicht bereit, weshalb „die bloße Vermehrung von Beteiligungsformaten nicht zielführend ist“. Zur „Verbesserung der Demokratie“ braucht es daher neben aktivierenden Methoden wie zB Demokratiefestivals und verschiedenen anderen Leuchttürmen auch institutionelle Vorkehrungen als Wege zum repräsentativen Parlament.

Zitate: Tamara Ehs/Martina Zandonella, in: <https://bi.or.at/demokratie-und-beteiligungsarmut-wien>, 2023-12-05



Beitragsbild: [Beteiligungsformate](#)

Aus dem Inhalt: [Weil einzelne Workshops nicht reichen ...](#) und: [Ins Handeln kommen](#)

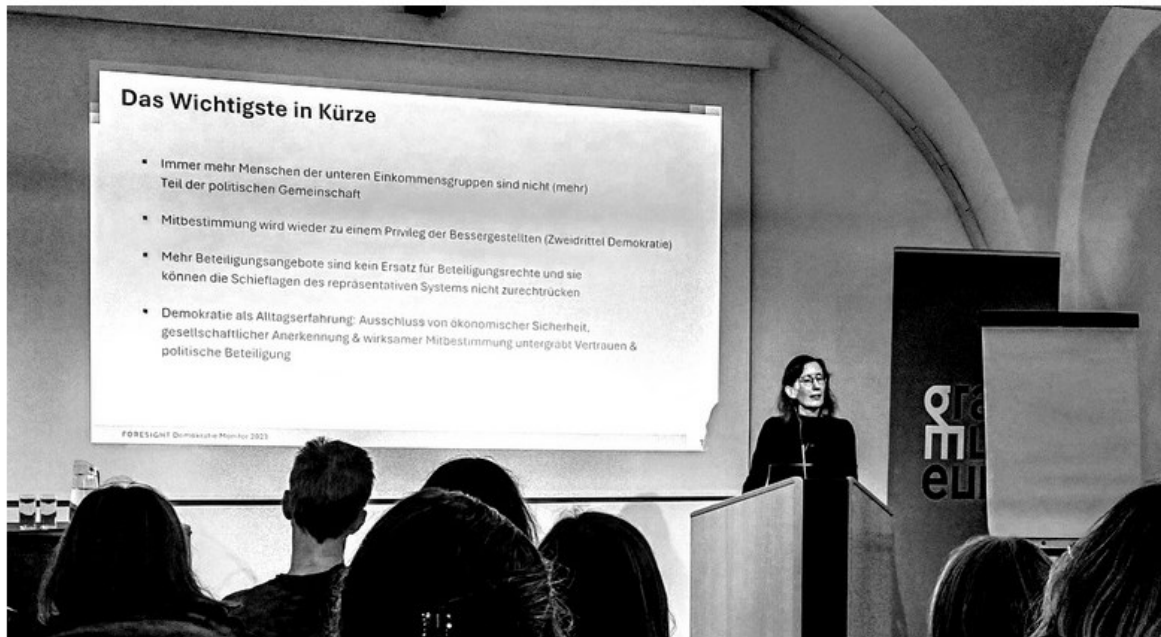
Nach dem Aufstieg der Demokratie als [friedens-](#) und [wohlstandsfördernde](#) Herrschaftsform der Vielen, geht es zu Beginn des 21. Jahrhunderts wieder darum, sie u. a. auch via [institutionalisierten Pluralismus](#) gegen [loyale Partikularinteressen](#) zu [immunisieren und zu stärken](#).

Dafür geeignete Maßnahmen betreffen insbesondere diese beiden Aspekte:

- *Demokratie als Alltagserfahrung* und ein
- *repräsentativeres System*, zB via [Losverfahren](#).

Ansatzpunkte für politische Akteure

Am 17. Oktober 2024, dem [Internationalen Tag für die Beseitigung der Armut](#), hat das Armutsnetzwerk Steiermark seine [Tagung24](#) unter dem Motto „Wieviel Ungleichheit verträgt Demokratie?“ durchgeführt. Am Ende ihres Vortrags ließ [Mag.^a Martina Zandonella](#) gut erkennen, wo die [Hebel zur Stärkung der Demokratie](#) anzusetzen sind: bei der „[Demokratie als Alltagserfahrung](#)“ inkl. einer „wirksamen Mitbestimmung“ bis hin zu einer Korrektur der „[Schieflagen des repräsentativen Systems](#)“, die allein durch „mehr [Beteiligungsangebote](#)“ als „Ersatz für [Beteiligungsrechte](#)“ nicht zurechtgerückt werden können.

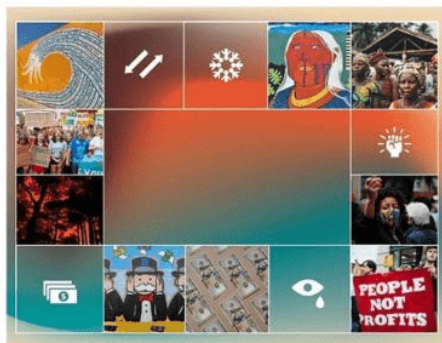


Der Weg zu einer [partizipative\(re\)n Demokratie](#) ist allerdings gepflastert mit zahlreichen [Stolpersteinen](#), die aus den [bestehenden Machtverhältnissen](#) und dem erforderlichen politischen [Engagement](#) zu ihrer Überwindung hervorgehen. Die einfache Forderung nach [mehr Bildung](#) bleibt dabei unzureichend (vgl. [Armin Nassehi](#)). Das [gute Leben für alle](#) wird zudem nicht durch einzelne [Teilgesellschaften](#) (Rousseau) wie politischen Parteien oder Religionsgemeinschaften erwirkt (siehe u. a. [Repräsentationsdefizite](#)), sondern „gemeinsam von allen für alle“, ganz republikgemäß ([res publica](#)) eben und [demokratisch](#) – zum Beispiel durch „Druck von unten“ (und „von oben,,“):

UNRISD FLAGSHIP-BERICHT 2022 ÜBERBLICK

KRISEN DER UNGLEICHHEIT

Machtstrukturen ändern für einen neuen ökosozialen Gesellschaftsvertrag



Die Schlüsselfrage ist nun, wie wir die politische Unterstützung und die finanziellen Mittel für die Umsetzung dieser Vorschläge in die Praxis erreichen können. Die [Bildung von Allianzen ist von entscheidender Bedeutung, um die Macht der Vielen wirksam zu nutzen, um den Einfluss der Wenigen zu zügeln und die bestehenden Machtstrukturen neu auszurastieren](#). Solche Allianzen nehmen heute ganz andere Formen an als in der Vergangenheit, sie passen sich an und verändern sich angesichts sich entwickelnder Wirtschaftssysteme, sich wandelnder Identitäten, neuer Formen der Politik und Kommunikation, einer veränderten Arbeitswelt und neu definierter Vorstellungen von Familie, sozialer Klasse und Gemeinschaft. So entstehen beispielsweise Formen des kollektiven Widerstands unter digitalen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die soziale Medien nutzen,



Quelle: <https://doi.org/10.7927/2022.unridd.flagship-report.2022.pdf>



UNRISD-Forschungen haben gezeigt, dass eine Kombination aus fortschrittlicher Führung, die vom Gemeinwohl und dem öffentlichen Interesse inspiriert ist, und [Druck von unten](#) durch protestierende Bürgerinnen und Bürger, fortschrittliche soziale Bewegungen und zivilgesellschaftliche Organisationen, unterstützt von multilateralen Organisationen und Rahmenwerken, einen großen Beitrag zu nachhaltigeren und inklusiveren Entwicklungsansätzen leisten kann.¹⁷⁰ Aus den Erfahrungen, die in der Vergangenheit bei der Bekämpfung von Ungleichheit gemacht wurden, und daraus, welche Politiken und politischen Strategien sich bewährt haben, lassen sich Lehren für künftige Anstrengungen ziehen.¹⁷¹

Mittlerweile blickt auch die Katholische Kirche – wie damals [Jesus von Nazareth](#) – über den Tellerrand hinaus und hält damit die Türen weit offen für Maßnahmen zur Stärkung der Demokratie als [säkularisierte Ekklesia](#):

Was meint der Begriff „Reich Gottes“? Paulus beschreibt das Reich Gottes in seinem Brief an die Gemeinde in Rom als ein Leben in „Gerechtigkeit, Friede und Freude im Heiligen Geist“ (Röm 14,17). Nach Paulus geht es dabei also um **ein gutes Leben für alle Menschen, ein Leben in Fülle**, das bereits hier und jetzt auch durch uns beginnt. Das macht auch klar, dass das Reich Gottes immer mehr meint als die römisch-katholische Kirche.

Quelle: <https://www.katholische-kirche-steiermark.at/portal/glaubenfeiern/glaubenswissen/unserglaube/kirchekritik/article/63229.html>

Deshalb die verschiedenen [Aufrufe zu Handeln](#). So antwortete auch [Papst Franziskus](#) auf eine Frage des Spanischlehrers [Jesús María Martínez](#): „Wir müssen uns in die Politik einmischen, denn die Politik ist eine der höchsten Formen der Nächstenliebe, denn sie sucht das Gemeinwohl. Und die Laien müssen sich in der Politik einsetzen.“ Er sprach dabei von einer „[Pflicht für einen Christen!](#)“,

Zudem ruft Jahrzehnte nach der ersten [Armutskonferenz](#) im Jahr 1995 die Zukunft erneut bei uns an und ersucht um eine lebendige Kultur [demokratiestärkender Debatten](#) (s. a. 14te Armutskonferenz: [Zukunftswerkstatt Beteiligung](#)). Beispielsweise darüber, einen [Begegnungsort Demokratiekonferenz](#) aus der Taufe zu heben. Dieser kann in Anlehnung an die (Entstehungs-)Geschichte der Armutskonferenz im Bildungshaus St. Virgil als [Agora](#) verstanden werden, die auch „[Lust auf Teilhabe](#)“ (Amlinger/Nachtwey, 2025) bei den Anwesenden macht. Begründung:

Weil [einzelne Workshops](#) nicht reichen ...

... braucht es für transformationsbegeisterte [Jakobiner:innen](#) weitere *aktivitätsfördernde* Orte der Verständigung – bei Bedarf auch Abstimmung – darüber, wie Demokratien gestärkt werden können. Die Suche nach geeigneten Maßnahmen ist ein [fortwährender Prozess der Erneuerung](#), angetrieben durch die jeweils aktuellen Herausforderungen der Zeit. Die wichtigste und zugleich schwierigste Aufgabe dabei ist wie so oft die [Umsetzung der gefundenen Antworten in die Praxis](#). Womöglich findet sich hier die eine oder andere Anregung, die bei der Suche danach unterstützend wirkt:

Erste Utopie: Demokratiebüro

Tamara Ehs: „Es gibt genügend gute Ideen und Vorbilder. Was es dafür braucht, ist ein gewisser Mut [*Anm.: vgl. [Aufrufe zu Handeln](#)*], vielleicht sogar schon einen **militanten**



Optimismus, aber jedenfalls eine konkrete Utopie. Ein Demokratiebüro wäre eine erste Utopie, wo man anfangen könnte, neue Ideen der Bürgerbeteiligung nicht dem Volk überzustülpen, sondern es selbst und gemeinsam gestalten zu lassen. Immerhin kann die Antwort [...] auf die Demokratiekrise ja nur in einer umfassenden Demokratisierung bestehen.“ ([Protokoll](#) zur Enquete-Kommission „Stärkung der Demokratie in Österreich“ vom 18. Dezember 2014, S 308)

OTS

26.11.2024, 10:01:17 / OTS0045

ÖNZ Gemeinsam
Demokratie
stärken.

**Österreichisches Netzwerk
Zivilgesellschaft: Stärkung der
Demokratie muss zentrales Leitprojekt
der nächsten Bundesregierung sein**

Neu gegründete Allianz aus derzeit 21 Organisationen verlangt von Koalitionsverhandler:innen umfassende Demokratie-Offensive und eigenes Demokratieministerium

Quelle: https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20241126_OTS0045/oesterreichisches-netzwerk-zivilgesellschaft-staerkung-der-demokratie-muss-zentrales-leitprojekt-der-naechsten-bundesregierung-sein

Konkret fordert das ÖNZ von den derzeit verhandelnden Koalitionsparteien ÖVP, SPÖ und NEOS eine umfassende Demokratieoffensive. Dazu soll gehören:

- **Die Schaffung eines eigenen Demokratieministeriums:** Dieses Ministerium soll sich zentralen demokratiepolitischen Themen widmen. Zu den Aufgaben zählen die Förderung demokratischer Teilhabe, der Schutz der Grundrechte, die Bekämpfung von demokratiefeindlichen Entwicklungen, wie Extremismus, Desinformation und Korruption. Auch die wichtigen Medien-Agenden, für die derzeit bereits ein eigenes Ministerium kolportiert wird, sollen in diesem deutlich umfassenderen Ressort angesiedelt sein.
- **Die Verankerung eines Demokratie-Checks für neue Gesetze:** Jedes neue Gesetzesvorhaben soll in Zukunft einem zusätzlichen Check unterzogen werden. Dabei wird überprüft, ob das Gesetz mit den grundlegenden Prinzipien der Demokratie übereinstimmt und ob es demokratischen Prozessen und Werten entspricht bzw. diese unterstützt.
- **Die Verabschiedung eines Demokratiefördergesetzes, inklusive Einrichtung eines Demokratiefonds:** Ein neues Demokratiefördergesetz soll den Schutz und Weiterentwicklung der Demokratie und ihrer Institutionen langfristig sichern. Dazu gehört die dauerhafte Einrichtung eines Demokratiefonds. Aus diesem Fonds soll eine breite Palette an demokratiefördernden Initiativen unterstützt werden - von Bürger:innenbeteiligungsprojekten über spezielle Bildungsinitiativen bis hin zu Programmen gegen digitale Desinformation.
- **Die Einrichtung eines Demokratierates, von Bürger:innen-Dialogen und einer Demokratiepartnerschaft mit der Zivilgesellschaft:** Ein beratendes Gremium aus ausgewählten Bürger:innen, nach Vorbild des Klimarats, soll die Regierung bei der politischen Entscheidungsfindung rund um Demokratiethemen unterstützen. Landesweite Bürger:innen-Dialoge sollen etabliert werden, bei denen Politik und Verwaltung in den Austausch mit der Bevölkerung gehen und wieder Nähe und Vertrauen herstellen. Vor allem kann so die immer größer werdende Kluft zwischen Land und Stadt geschlossen werden. Zusätzlich muss eine Demokratiepartnerschaft auf Augenhöhe zwischen Politik und Zivilgesellschaft hergestellt werden.

Ad Demokratiebüro: vgl. [Forderungen des Österr. Netzwerks Zivilgesellschaft ÖNZ](#)

Medikament gegen Stolpersteine: Selbstwirksamkeit

Das Überwinden der erwähnten [Stolpersteine](#) erfordert, diese zu (er-)kennen und eine umfassende [Selbstwirksamkeit](#) zu entwickeln (s. [Selbstermächtigung](#)), um „[die Lücke zwischen ‚denen da unten‘ und ‚denen da oben‘](#)“ zu schließen.

Die Machtfrage

[Jan-Werner Müller](#) beschreibt einen Widerstand in [Parteiendemokratien](#) gegen deren Weiterentwicklung so: „Warum sollten Parteien [solchen Verfahren](#) je zustimmen? Denn damit würden sie sich ja selbst entmachten.“ („Freiheit, Gleichheit, Ungewissheit“, 2021, S 193)

[Nikolaus Kowall](#) über Parteien, deren Brückenfunktion verloren gegangen ist und zudem auch noch „eher uninspiriert“ sind: „Innovationen kommen faktisch immer von außen und werden, wenn überhaupt, [widerständig](#) aufgenommen.“

Leuchttürme

Ohne das Beleben einer in vielen Landesteilen rudimentär vorhandenen Mitentscheidungskultur, zB via vertrauensbildender Begegnungsorte (s. zB Demokratiekonferenzen in Büdingen & Altstadt 2017 - 2023), werden Forderungen der Zivilgesellschaft weiterhin bevorzugt ignoriert. Vorarlberg wusste jedenfalls noch zur Zeit eines Michael Lederer (s. a. Beteiligungskultur) als Leiter des Büros für Freiwilliges Engagement und Beteiligung (also vor dem “Schicksalsjahr 2025”), wie die Motivation dafür zu halten bzw auszubauen ist. Zum Beispiel so:



Ins Handeln kommen

Friedensnobelpreisträgerin Shirin Ebadi:

„Wenn wir in der Region Frieden wollen, dann gibt es dafür nur eine Lösung: Demokratie.“
([Falter 14/26, S 15](#))

[Reden wir darüber](#), was es braucht, um den Weg zu einer [friedensfördernden](#) partizipativ-repräsentativen Demokratie [gemeinsam](#) und [ambitioniert](#) zu gehen. Hier die Einladung von der [KAB Steiermark](#) zu Impuls, Austausch und Diskussion am Donnerstag, 21. Mai 2026 im Pfarrsaal St. Andrä in Graz. Thema: „[Demokratie stärken – jetzt!](#)„

Demokratie stärken – jetzt!

Impuls, Austausch und Diskussion

Mit [Mag. Anna Hollwöger](#), [DI Barbara Sima-Ruml](#) in Vertretung von Vizebürgermeisterin Judith Schwentner, [Pascal Günsberg](#), [BEd MEd](#)

DO, 21. Mai, 17:00 – 18:30

Pfarrsaal St. Andrä, [St.-Andräplatz 1](#), 8020 Graz

„Österreich ist eine demokratische Republik. Ihr Recht geht vom Volk aus“, besagt Artikel I des österreichischen Bundesverfassungsgesetzes. Doch was heißt das in der Praxis? Welche Beteiligungsmöglichkeiten gibt es, und wie können wir sie wahrnehmen? Was wünschen wir uns von Politik, Religion oder Interessensvertretungen? Und welche Initiativen braucht es noch, damit wir demokratische Strukturen stärken können? Demokratie – das sind schließlich wir alle.

Moderation: [Dr. Anna Steiner](#) (Sonntagsblatt)

Die Veranstaltung ist kostenlos, um Voranmeldung wird gebeten unter:
kab@graz-seckau.at, Tel.: 0676/8742-2326

Veranstaltet von: [KAB Steiermark](#) in Kooperation mit [Katholische Jugend Steiermark](#)
Im Anschluss laden wir mit Unterstützung aus dem Amt der Bürgermeisterin Elke Kahr zur Agape auf dem St. Andräplatz (bei Schönwetter)



Einladung zur Podiumsdiskussion „[Demokratie stärken – jetzt!](#)“ mit [Mag. Anna Hollwöger](#), [DI Barbara Sima-Ruml](#) in Vertretung von Vizebürgermeisterin Judith Schwentner und [Pascal Günsberg](#), [BEd MEd](#). Der [Veranstaltungsort](#) des ehemaligen [Dominikanerkonvents](#) wurde nicht ohne [Grund](#) gewählt.

Anmerkungen

[Rainald Manthe](#): „Doch Projekte vor Ort reichen nicht.“

Nach Ansicht der KI [Gemini](#) sind die hier vorliegenden Überlegungen für die [Durchführung](#) einer Demokratiekonferenz ein „Labor“, in dem die von [Jürgen Habermas](#) postulierten

Geltungsgründe [praktisch erprobt](#) werden (können). An [Ideen](#) dafür mangelt es nicht, wie zB: [Bundesrat als Bürgerrat](#) als [zusätzliche Kontrolle im Sinne des Gemeinwohls](#), lebendige [Mitentscheidungskultur](#) u. v. a. m., wohl eher am **Mut** für deren Umsetzung (siehe Tamara Ehs [oben](#)).

Soviel zur *direkten Demokratie*: die [Täuschung der athenischen Volksversammlung durch die Elymer](#) (im Bild der Tempel von Segesta) und die [Folgen der sizilischen Expedition](#) im 5. Jhdt. v. Chr.

Interessant, dass nach Jahrhunderten der [Aufklärung](#) die Selbstverständlichkeit des Ganzheitlichen einer griechischen [Ekklesia](#) auch in der akademischen Welt wiederentdeckt wurde. So schreibt Robert Misik im [Nachruf](#) über Jürgen Habermas: „Der scharfe Fürsprecher der säkularen Vernunft versöhnte sich am Ende sogar mit dem Religiösen. Er vermutete, dass die alttestamentarische Lehre von der Gottesebenbildlichkeit des Menschen die vorpolitische Grundlage für die Menschenrechte sei.“

Ergebnis der „doppelten Krisendiagnose“ von [Hartmut Rosa](#): „Wir haben es mit einer Krise der Anrufbarkeit zu tun, und mein Nachdenken hat mich dazu verleitet, zu sagen: Religion hat möglicherweise Ressourcen – Praktiken, Räume, Zeiten -, die eine solche Haltung möglich machen.“

Die [KI Claude](#) weiß mehr und verknüpft in ihrer Zusammenfassung ungefragt wie folgt:

„Die [partizipativen Initiativen](#), die du versammelst, interessieren sich nicht zufällig für das *Format* der Begegnung – das Format *ist* bereits ein politisches Statement. Das Bildungshaus als Begegnungsort, das Losverfahren, die offene Diskussion: All das sind Versuche, genau jenes ganzheitliche Moment wiederherzustellen, das die repräsentative Demokratie strukturell ausgeblendet hat.“



Unsere repräsentative Demokratie soll repräsentativer werden
Wenn sich jede:r Zweite von der Politik nicht repräsentiert fühlt, wird es Zeit etwas zu ändern. Auf Grundlage des Vielfaltbarometers 2025 rät unser ...

© www.bosch-stiftung.de

Um das friedensfördernde Potenzial starker Demokratien heben zu wollen braucht's allerdings [noch mehr](#). Die bisherigen Überlegungen – siehe dazu auch [Pfingstdialog 2026](#) und die [Reflexion darauf von der KI Claude](#) – sind dafür erst ein Anfang.

Durchaus lehrreich auch die [Antwort](#) von Claude auf die Frage: *Was braucht es, um Bürgerbeteiligungsmodelle wie jene in Weyarn und Kufstein erfolgreich auf die Ebene von Bundesländern oder Bundesstaaten zu übertragen?*

Wer die Gesellschaft verändern will, macht das entweder durch die Pflege semantischer Innovationen und die Formulierung von Programmen und Meinungen, gerne auch in Form polemischen Streits. Oder ändert Organisationsarrangements, die dann durch ihre Wiederholbarkeit und Persistenz Wirkungen erzielen – oft nicht diejenigen, die beabsichtigt sind, aber das ist dann nur Gelegenheit fürs Nachjustieren und für weitere Problem-Lösung-Definitionen. Wer die Gesellschaft verändern will, verändert ihre Organisationen. Dafür sind sie unter anderem gemacht.

Armin Nassehi, Unbehagen, München: C.H.Beck, 2021, S 227

ARGE Gemeinwohlcontrolling
MIND THE GAP

„Niemand dürfe erniedrigt werden, egal, wann der Mensch gelebt habe. Wer die Möglichkeit habe, etwas daran zu ändern, sollte es tun. ..., wir sind verpflichtet es zu tun, es wenigstens

zu versuchen, nichts ist anstößiger als die Gleichgültigkeit gegenüber einem Unrecht, das sich aus der Welt schaffen ließe.“

Ilija Trojanow, Tausend und ein Morgen, 2023, S 48

